

# Österreichs Wirtschaft an der Jahreswende 1970/71

Rückschau und Ausblick

FRANZ NEMSCHAK

Nr. 30

ÖSTERREICHISCHES  
INSTITUT FÜR  
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

**VORTRÄGE UND AUFSÄTZE**

# **Österreichs Wirtschaft an der Jahreswende 1970/71**

**Rückschau und Ausblick**

**FRANZ NEMSCHAK**

**Nr. 30**

**Wien 1971**

WIFO-BIB Wien



WIF101096707

Lib 0001

**ÖSTERREICHISCHES**

**INSTITUT FÜR**

**WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**



# Österreichs Wirtschaft an der Jahreswende 1970/71

## Rückschau und Ausblick

Vortrag, gehalten in der Mitgliederversammlung der Österreichischen Industriellenvereinigung, Landesgruppe Steiermark, unter dem Vorsitz von Dipl. Ing. Goss-Saurau im Kongreßsaal der Grazer Messe am 18. Dezember 1970.

Die österreichische Wirtschaft befindet sich an der Jahreswende 1970/71 in der Spätphase eines der längsten und kräftigsten Konjunkturaufschwünge seit Kriegsende.

## Vorläufige Hauptergebnisse 1970

Das reale Sozialprodukt wuchs 1970 um fast 7%, ähnlich kräftig wie 1969. Dieses Ergebnis übertrifft alle Erwartungen, da schon vor einem Jahr die verfügbaren Kapazitäten großteils ausgelastet und Arbeitskräfte knapp waren und die Verkürzung der normalen Arbeitszeit um 2 Stunden ab 1. Jänner 1970 das Arbeitsvolumen zusätzlich geschmälert hatte. Mit einer Wachstumsrate von real knapp 7% liegt Österreich 1970 an der Spitze der westeuropäischen Industrieländer, die durchschnittlich nur 5% erreichen werden. In den USA hat die Wirtschaft 1970 sogar stagniert.

Für die gegenwärtige Spätkonjunktur ist charakteristisch, daß Industrieproduktion und Exporte, bisher die Hauptstützen der österreichischen Konjunktur, schon seit einigen Monaten langsamer wachsen. Die Industrieproduktion (ohne Stromerzeugung), die im IV. Quartal 1969 noch um 12% höher war als im Vorjahr, verringerte ihre Zuwachsraten im II. Quartal 1970 auf 9%, im III. Quartal und im Oktober auf 7%. Der Exportboom hatte bereits im III. Quartal 1969 mit einer Zuwachsrate von 26% seinen Höhepunkt erreicht; im III. Quartal 1970 waren die Exporte nur noch um 16% und im Oktober um 6% höher als im Vorjahr.

# Österreichs Wirtschaft an der Jahreswende 1970/71

## Gliederung

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              |         |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------|
| Vorläufige Hauptergebnisse 1970                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | Seite 3 |
| Reales Sozialprodukt +63/4% — Industrieproduktion +8% — Handel +61/2% — Gewerbe +51/2% — Baugewerbe +6% — Land- und Forstwirtschaft +41/2% — Privater Konsum +53/4% — Investitionen +101/2% — Exporte +18% — Importe +24% — Devisen aus Fremdenverkehr +25% — Leistungsbilanzsaldo +1 Mrd. S — Zahlungsbilanzsaldo (Zunahme der Währungsreserven) +4 Mrd. S — Löhne +91/2% — Gewinne +16% — Großhandelspreise +5% — Verbraucherpreise +41/2% |         |
| Erfolgskriterien der österreichischen Wirtschaftspolitik                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     | 7       |
| Kräftiges Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, relative Währungsstabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |         |
| Das Mirakel der österreichischen Sozialpartnerschaft                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | 9       |
| Perspektiven 1971                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | 12      |
| Stärkere Differenzierung der Weltkonjunktur                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  | 12      |
| Abschwächung der österreichischen Konjunktur                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | 13      |
| Prognosen — unentbehrlich für die Wirtschaft                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | 17      |



Dagegen haben *Bauwirtschaft, Verkehr, Land- und Forstwirtschaft* sowie andere *witterungsabhängige* Zweige im Laufe 1970 den Rückstand aufgeholt, der durch den langen Winter 1969/70 verursacht worden war.

Der *Arbeitsmarkt* ist, abgesehen von Saisoninflüssen, voll ausgeschöpft. Die Zahl der *Arbeitslosen* erreichte Ende November den bisher tiefsten Stand seit Kriegsende, die vorgemerkten Stellensuchenden sind zum Teil nur beschränkt vermittlungsfähig. Die Zahl der *Beschäftigten* war im November um 43.300 höher als im Vorjahr, die zusätzlichen Arbeitskräfte waren teils *Fremdarbeiter*, teils Frauen, die sich in überraschend großer Zahl der Wirtschaft zur Verfügung stellten. Im November wurden 86.600 *Fremdarbeiter* beschäftigt, um ein Drittel mehr als im Vorjahr, die *Fremdarbeiterkontingente* waren zu 89% ausgeschöpft, in der Bauwirtschaft sogar zu 96%.

Der konjunkturbedingte Mangel an Arbeitskräften verstärkte die Abwanderung aus der *Landwirtschaft*: Im Jahre 1970 sind rund 22.000 Selbstständige und Unselbstständige abgewandert. Die *Industrie* erreichte Ende September mit 618.300 Beschäftigten fast die alte Rekordhöhe der Beschäftigung im Jahre 1962. Die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 45 auf 43 Stunden (4'4%) wirkte sich nur ungefähr zur Hälfte aus, da viele Betriebe schon früher kürzere Zeit gearbeitet hatten, weniger Pausen einlegten und mehr Überstunden geleistet wurden.

In der gewerblichen Wirtschaft herrschte ein *Investitionsboom*. Die Brutto-Investitionen sind im Jahre 1970 real um 10 1/2% gewachsen; die Ausrüstungsinvestitionen waren um 14%, die baulichen Investitionen um 6% höher als im Vorjahr. Vor allem die *Industrie* investierte 1970 kräftig, mit 15 1/2 Mrd. S um 21% mehr als im Vorjahr. Das ist bemerkenswert viel, weil die *Industrie* bereits 1969 eine ähnlich hohe Zuwachsrate der Investitionen hatte. Jedenfalls waren die Investitionen der *Industrie* heuer um etwa die Hälfte höher als im Durchschnitt der sechziger Jahre. Auch das *Gewerbe*, die *Land- und Forstwirtschaft*, verschiedene *Dienstleistungsbetriebe* und die *öffentliche Hand* investierten 1970 relativ viel.

Der *Private Konsum*, der gut zur Hälfte vom Einzelhandel kauft, war im Anfang des Konjunkturaufschwunges zurückgeblieben, hat sich jedoch im Herbst kräftig belebt. Im Jahresdurchschnitt 1970 kann mit einer Zuwachsrate von real 5 3/4% gerechnet werden (gegen nur 2'8% im Jahre 1969).

Während das Wachstum der Exporte eine sinkende Tendenz aufweist, ist der *Importsog* noch immer sehr stark. Erst in den letzten Monaten war die Zuwachsrate der Einfuhren etwas schwächer als bisher. Von Jänner bis

Oktober 1970 wurden um 30% mehr Investitionsgüter und um 31% mehr Rohstoffe importiert als 1969.

Mit ausgezeichneten Ergebnissen konnte 1970 auch der *Ausländer-Fremdenverkehr* aufwarten. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 17% auf 58 Mill., die Deviseneinnahmen erhöhten sich sogar um 25% auf 26 Mrd. S. Die Pro-Kopf-Einnahmen stiegen hauptsächlich, weil die Gäste aus der Bundesrepublik Deutschland, auf die 70% der Übernachtungen entfallen, infolge der DM-Aufwertung um 9'3% mit ihrem Urlaubsbudget in Österreich entsprechend mehr Güter und Dienstleistungen kaufen konnten.

Obwohl die Importe viel stärker expandierten als die Exporte (Importe +24%, Exporte +18%), wird die österreichische *Leistungsbilanz* (Handelsbilanz, Dienstleistungsbilanz, unentgeltliche Transaktionen) auch im Jahre 1970 einen Überschuß (rund 1 Mrd. S) aufweisen. Da aus verschiedenen Gründen auch die *Kapitalbilanz* und die „statistische Differenz“ aktiv sind, wird die österreichische *Zahlungsbilanz* im Jahre 1970 voraussichtlich mit einem Überschuß von 4 Mrd. S schließen, d. h., in diesem Ausmaß werden sich die österreichischen Währungsreserven erhöhen.

Wie in jeder Spätkonjunktur sind auch gegenwärtig und in den kommenden Monaten *Preise und Löhne* die neuralgischen Stellen der österreichischen Konjunktur.

Während die Steigerungsrate der *Großhandelspreise* gegen das Vorjahr von 5'8% im Mai 1970 auf 4'5% im November fiel (ein Symptom für die Abschwächung der Weltkonjunktur), hat sich die Steigerung der *Verbraucherpreise* in den letzten Monaten beschleunigt: von 3'9% im I. Quartal auf 4'7% im III. Quartal 1970 und 4'8% im November. Im Jahresdurchschnitt 1970 werden die Verbraucherpreise voraussichtlich um 4'4% höher sein als im Vorjahr.

Der Preisauftrieb erstreckt sich praktisch auf alle Warengruppen. Die Preiserhöhung von derzeit 4'8% (November) entfällt zu je rund 1 1/2% auf *Nahrungsmittel* (insbesondere Fleisch) und *Dienstleistungen* (Wohnungsinstandhaltung, Körper- und Gesundheitspflege u. a. m.), zu knapp 1% auf *Industrielle und gewerbliche Waren* (deren Preise in normalen Konjunkturzeiten relativ stabil bleiben) und zu je einem halben Prozent auf die Erhöhung der *Mieten* und der *amtlichen Preise* (Brennstoffe).

Der Preisauftrieb ist in den letzten Monaten weniger aufgefallen, weil der Verbraucherpreisindex im Herbst 1969 stark gestiegen war. Diese günstige Index-Optik wird aber nicht mehr lange dauern. Bereits Anfang 1971 wird das Steigen des inländischen Preisniveaus, vor allem infolge



einer teilweisen Überwälzung der erhöhten Lohnkosten, im Verbraucherpreisindex sichtbar werden. Lohnerhöhungen in der Nahrungsmittelbranche und eventuell auch Erhöhungen der Erzeugerpreise werden fast unvermeidlich zu einer Erhöhung der amtlichen Preise für Grundnahrungsmittel führen (Brot, Mehl, Gebäck, Milch, Molkereiprodukte, Zucker). Auch mit Tarifierhöhungen, z. B. der städtischen Verkehrs- und Versorgungsbetriebe, ist zu rechnen.

Von den Löhnen sind die *Effektivverdienste* viel stärker gestiegen als die *Tariflöhne*, eine Entwicklung, die regelmäßig vor einer neuen Lohnrunde zu beobachten ist. Die Industrieverdienste waren im Oktober um rund 8%, die Tariflöhne um rund 2% höher als im Vorjahr.

Die neue Lohnrunde wird sich auf die Indizes erst im Jänner 1971 auswirken beginnen. Von den großen Berufsgruppen haben die 330.000 Metallarbeiter bereits eine Erhöhung ihrer Tariflöhne um 13% und ihrer Ist-Löhne um 8% (für 17 Monate) erzielt. Im Handel wurden die Mindestlöhne von 280.000 Beschäftigten um 9% (für 12 Monate) erhöht. Weitere Gruppen werden in nächster Zeit folgen.

Die *Kreditwirtschaft* konnte 1970 den hohen Anforderungen der Wirtschaft aus folgenden Gründen gerecht werden:

erstens, weil die Spareinlagen kräftig zunahmen, um  $17\frac{1}{2}$  Mrd. S oder  $15\frac{1}{2}\%$ ; die Sparer ließen sich in ihrem Eifer nicht beirren, obwohl der Eckzinsfuß der Spareinlagen ( $3\frac{1}{2}\%$ ) niedriger war als die Geldentwertung von  $4\frac{1}{2}\%$ ;

zweitens ermöglichte die aktive Zahlungsbilanz eine beachtliche Geldschöpfung der Nationalbank;

drittens nahm der Kreditapparat in der Phase angespannter Liquidität (von April bis Juli) ausgiebig die Refinanzierungshilfe der Nationalbank in Anspruch (durch Eskontierung von Wechseln und Lombardierung von Wertpapieren); und

viertens schließlich mobilisierte der Kreditapparat einen Teil seiner Auslandsreserven, um seinen Finanzierungsverpflichtungen im Inland nachkommen zu können.

Die *Notenbank* suchte in der Hochkonjunktur 1970 vor allem durch Offen-Markt-Operationen (Begebung von eigenen Kassenscheinen) elastisch die Geldversorgung der Wirtschaft zu steuern. Zum Unterschied von anderen Ländern war sie in ihrer Diskontpolitik zurückhaltend. Obwohl die österreichische Bankrate mit 5% weit unter den Sätzen im Ausland gehalten wurde (in der Bundesrepublik Deutschland kletterte sie zeitweilig auf  $7\frac{1}{2}\%$ ), wirkte sich das Zinsgefälle zwischen In- und Aus-

land auf die heimische Geldversorgung nicht nachteilig aus, weil der heimische Kreditapparat die Vorteile einer günstigeren Veranlagung im Ausland nicht voll ausschöpfte.

Auf dem *Kapitalmarkt* wurden 1970 Anleihen im Nominalwert von 5,8 Mrd. S neu gezeichnet, ungefähr zur Hälfte von Firmen und Privat.

Der *Voranschlag des Bundes für 1970* sah ein inlandwirksames Defizit von 2,7 Mrd. S vor. Die ungewöhnlich kräftige Hochkonjunktur im Jahre 1970 brachte dem Bund unvorhergesehen Mehreinnahmen von rund 2 Mrd. S. Weiters scheint es dem Bund trotz verschiedener Mehrausgaben gelungen zu sein, den veranschlagten Ausgabenrahmen einzuhalten. Schließlich wird ein Teil der vorgesehenen Ausgaben den Rücklagen zugewiesen und daher heuer nicht nachfragewirksam werden. Das inlandwirksame Defizit wird daher 1970 unter eine Milliarde Schilling gesenkt werden können.

### Erfolgskriterien der österreichischen Wirtschaftspolitik

Beurteilt man die Wirtschaftspolitik eines Landes danach, in welchem Maße es ihr gelungen ist, die grundsätzlich gleich wichtigen Ziele: *Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, Währungsstabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht* (Zahlungsbilanzausgleich) zu erreichen, dann darf man der österreichischen Wirtschaftspolitik für 1970 ein gutes Zeugnis ausstellen. Dieses Lob muß nicht nur der Regierung, die für die Wirtschaftspolitik hauptverantwortlich ist, gespendet werden, sondern auch anderen Institutionen und Faktoren, wie der *Nationalbank* und den *Sozialpartnern*, welche die Wirtschaftspolitik maßgeblich beeinflussen.

Mit dem *Wirtschaftswachstum* von real fast 7% können wir hoch zufrieden sein. Wie ich eingangs erwähnte, ist im Jahre 1970 das reale Sozialprodukt in Österreich stärker gewachsen als in irgend einem anderen westeuropäischen Industriestaat, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, wo das reale Sozialprodukt 1970 nur um wenig mehr als 5% wuchs.

In Österreich herrscht *Vollbeschäftigung* in einem Ausmaße wie nie zuvor. Es ist ein eigenes Problem, daß die knappen Arbeitskräfte häufig nicht optimal eingesetzt sind. Ihre Umschichtung aus minder produktiven oder gar defizitären Bereichen in produktivere und zukunftssträchtige Verwendungen gehört zu den wichtigsten strukturpolitischen Aufgaben unserer Wirtschaftspolitik.



Die Frage, ob Österreich mit einer Geldentwertung von 4 1/2% im Jahre 1970 das Gebot der *Währungsstabilität* noch beachtet oder bereits unstatthaft verletzt habe, ist nicht ohne weiteres zu beantworten.

Vor allem jüngere Nationalökonominnen und Wirtschaftspraktiker vertreten die Auffassung, daß Österreich mit einer Inflationsrate von 4 1/2% im Jahre 1970 noch gut bedient gewesen sei, weil der Preisauftrieb in den westlichen Industriestaaten mit durchschnittlich 5% noch stärker war als in Österreich. Österreich habe 1970 die DM-Aufwertung zu verkraften gehabt, die trotz allen Gegenmaßnahmen unsere Importe aus der Bundesrepublik Deutschland verteuert hat. Die ausgezeichneten Ergebnisse im Außenhandel und die aktive Leistungsbilanz sprechen nach dieser Ansicht dafür, daß uns die Inflationsrate von 4 1/2% im Jahre 1970 nicht geschadet habe.

Als ein Vertreter der älteren Generation bin ich jedoch der Meinung, daß eine Inflationsrate von 4 1/2% oder gar von 5%, die im Jahre 1971 droht, aus *innenwirtschaftlichen* Gründen nicht auf die leichte Schulter genommen werden darf. Auf die Dauer könnten bei so hohen Inflationsraten die Sparer sauer reagieren, wenn sie merken, daß die Rate der Geldentwertung ständig höher ist als die Verzinsung ihrer Spareinlagen. Entschließen man sich aber, die Spareinlagen höher zu verzinsen, was bei einer übermäßigen Geldentwertung auf die Dauer kaum zu vermeiden ist, dann würden wahrscheinlich die Kredite teurer, und die Inflations-schraube begäße sich auch aus binnenwirtschaftlichen Gründen rascher zu drehen. Unabhängig davon könnte ein Inflationsklima aufkommen, in dem Unternehmer und Gewerkschaften geneigt sind, die drohende Geldentwertung bereits in ihrer Preis- und Lohnpolitik zu antizipieren. Ist es aber einmal so weit, dann könnte sich die schleichende Inflation leicht in eine galoppierende verwandeln, die nur noch mit rigorosen Stabilisierungsmaßnahmen, auf Kosten von Wachstum und Vollbeschäftigung, aufgehalten werden könnte.

Ich möchte nicht den Teufel an die Wand malen, aber wir sollten auch keine Vogel-Strauß-Politik treiben, und eine hartnäckige Inflationsrate von 4% bis 5% und mehr fast liebevoll als ein „Inflationöchen“ abtun, bei der es sich, wörtlich zitiert aus einem kürzlich erschienenen Aufsatz, „äußerstenfalls um einen Poltergeist handelt, über den man, wenn man ihm unvorbereitet begegnet, erschrickt, mit dem man aber durchaus friedlich, ja sogar vergnüglich, zusammenleben könne“<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Siehe H. Kienzl, „Inflation, der Preis für die Vollbeschäftigung?“, in: Arbeit und Wirtschaft, Jg. 1970, Nr. 11.

Diese Auffassung findet man vor allem, wie gesagt, unter den jüngeren Ökonomen, die das Schreckgespenst der Inflation nur aus den Büchern kennen. Die Älteren unter uns, welche die Inflation schon mehr als einmal persönlich erlebt haben, möchten mit diesem Poltergeist nichts zu tun haben. Erfreulicherweise scheint man gegenwärtig in allen Ländern, vor allem auch in den maßgeblichen internationalen Institutionen, die Gefahr einer ständig übermäßigen Geldentwertung erkannt zu haben und der Währungsstabilität keinen geringeren Rang einzuräumen als dem Wirtschaftswachstum und der Vollbeschäftigung.

Das mit der Währungsstabilität eng verknüpfte vierte wirtschaftspolitische Ziel im „magischen Viereck“ der Wirtschaftspolitik, das *außenwirtschaftliche Gleichgewicht*, hat Österreich auch 1970 mehr als nur erreicht. Die Zahlungsbilanz war wieder hochaktiv, die Gold- und Devisenreserven konnten um 4 Mrd. S auf 46 Mrd. S erhöht werden. Mit dieser Rückendeckung könnte sich Österreich auf längere Sicht eine bewußte auf Strukturverbesserungen und Produktivitätssteigerung zielende Importförderung leisten.

### Das Mirakel der österreichischen Sozialpartnerschaft

In einem Rechenschaftsbericht über die österreichische Wirtschaftspolitik müssen gerade jetzt auch ein paar Worte über die eigentümliche Rolle der Paritätischen Preis-Lohn-Kommission, dieser spezifisch österreichischen Institution der Sozialpartnerschaft, gesagt werden.

Bekanntlich setzt sich die „Paritätische“, wie sie kurz genannt wird, aus dem Bundeskanzler, den Bundesministern für Inneres, für Handel, Gewerbe und Industrie sowie für Soziale Verwaltung, weiters aus je zwei Vertretern der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, der Arbeiterkammer und der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern sowie aus zwei Vertretern des Gewerkschaftsbundes zusammen.

Die „Paritätische“ mit Unterausschüssen für Preise und Löhne, seit 1963 mit einem dritten Unterausschuß, dem sogenannten Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, hat unter verschiedenen Bezeichnungen („Wirtschaftskommission“, „Wirtschaftsdirektorium“, schließlich „Paritätische Preis-Lohn-Kommission“) die Wirtschaftspolitik der Zweiten Republik entscheidend beeinflusst.

Das Modell der österreichischen Sozialpartnerschaft war auch für das Ausland so interessant, daß Anfang Dezember eine Studiengruppe der



OECD nach Österreich kam, um eine Woche lang die österreichische Einkommenspolitik und die Rolle der „Paritätischen“ zu studieren. Die ausländischen Experten stellten mit Erstaunen fest, daß die so einflußreiche und oft zitierte „Paritätische“ eigentlich eine sehr lose Institution ist, ohne gesetzliche Verankerung, ohne Sanktionen, angewiesen auf die freiwillige Zusammenarbeit der Sozialpartner, mit zahlreichen paritätischen Organen, die weitgehend informell und ohne besondere Verfahrensvorschriften auf verschiedenen Ebenen agieren.

Die OECD-Experten fanden die Paritätische Preis-Lohn-Kommission sehr interessant, kamen aber zu dem Ergebnis, daß dieses System wohl nur in Österreich funktionieren könne und auf andere europäische Länder nicht übertragbar sei. Obwohl sich der Einfluß der „Paritätischen“ auf die Einkommen nicht quantifizieren lasse, erfülle sie offensichtlich eine wichtige Ausgleichsfunktion. Die Konjunkturschwankungen hätten in Österreich keine so starken Ausschläge gehabt wie in anderen Ländern, und wahrscheinlich sei durch sie auch der Preis- und Lohnauftrieb gedämpft worden. Die OECD-Experten waren überrascht, als sie erfuhren, daß kürzlich in der Paritätischen Kommission ein Tarifvertrag der Metallarbeitergewerkschaft abgeschlossen wurde, der eine Erhöhung der Löhne um 8% und der Tariflöhne um 13% (für 17 Monate) vorsieht. Diese Prozentsätze ergeben für das Jahr umgerechnet Lohnerhöhungen von 5% und 8%, das sei nicht viel bei einer Inflationsrate von 5% und beise in der gegenwärtig kritischen Preis-Lohn-Situation ein hohes Maß an Verantwortung für die gesamte Wirtschaft. Das Hauptverdienst der „Paritätischen“ läge jedoch nach Auffassung der OECD-Delegierten darin, daß sie die Mitarbeit und Mitverantwortung der Sozialpartner an der gesamten Wirtschaftspolitik ermöglicht und damit entscheidend dazu beigetragen habe, daß in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg, wie vielleicht nur noch in der Schweiz, ein Höchstmaß an sozialem Frieden erreicht worden sei.

Das Hohelied der OECD-Experten auf die „Paritätische“ paßt augenblicklich leider nicht ganz in die innenpolitische Landschaft Österreichs. Der Szenenwechsel in der österreichischen Innenpolitik seit den letzten Nationalratswahlen hat sich auf die Zusammenarbeit der Sozialpartner zunächst nicht günstig ausgewirkt. Ich hoffe sehr, daß die augenblicklichen Spannungen auf der Ebene der Spitzenfunktionäre nur einer vorübergehenden Verstimmung entspringen und in absehbarer Zeit behoben sein werden. Die Sozialpartnerschaft ist eine zu kostbare Errungenschaft der Zweiten Republik, als daß sie auch nur einen Augenblick lang ernsthaft in Frage gestellt werden darf.

Wenn von der Wirksamkeit der paritätischen Wirtschaftspolitik die Rede ist, dann soll man nicht nur an die Kontakte und an die wirtschaftspolitischen Entscheidungen und Empfehlungen der Präsidenten der Interessenverbände denken, sondern auch an die äußerst fruchtbare Arbeit, die in den oft nur ad hoc von Experten gebildeten paritätischen Arbeitsausschüssen geleistet wurde. Die Experten dieser Arbeitsausschüsse sind meist hauptamtlich in den volkswirtschaftlichen Abteilungen der wirtschaftlichen Interessenverbände tätig. (Nebenbei bemerkt: In fast allen Arbeitsausschüssen des Beirates wirken auch Fachleute des österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung mit, nicht selten als Vorsitzende.) Die Mitglieder des paritätischen Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen bildeten eine Art „Bruderschaft“, man sprach sich ohne Titel an, der unbefangene Zuhörer einer wirtschaftspolitischen Diskussion im Beirat und in den Arbeitsausschüssen konnte nicht immer ausmachen, ob soeben ein Vertreter der Bundeswirtschaftskammer oder der Arbeiterkammer gesprochen hat. Es wäre jammerschade, wenn diese kollegiale Zusammenarbeit längere Zeit lahmgelegt würde. Die Studien dieser Experten, die teils in der Schriftenreihe des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen, teils in der Schriftenreihe der Arbeiterkammer und in der Zeitschrift der Bundeswirtschaftskammer erschienen sind, haben in den letzten Jahren wesentlich zur Klärung wirtschaftspolitischer Sachverhalte und zur wissenschaftlichen Fundierung der Wirtschaftspolitik beigetragen. Vielleicht noch wichtiger ist, daß die wirtschaftspolitischen Experten der paritätischen Organe der Sozialpartner das Vertrauen und das Ohr der maßgeblichen Funktionäre in den Interessenvertretungen und Parteien, in Regierung und Parlament besitzen und immer häufiger selbst in führende Positionen in Staat und Wirtschaft aufrücken.

Dieser Prozeß der wirtschaftspolitischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung, den ich hier zu skizzieren versuchte, spielte sich nicht hinter verschlossenen Türen ab, sondern drang auf verschiedene Weise, nicht zuletzt über die Massenmedien Presse, Hörfunk und Fernsehen in das Bewußtsein breiter Schichten, beeinflusste das Denken der Menschen, förderte das Verständnis für ökonomische Zusammenhänge und schuf eine Bereitschaft, wirtschaftspolitische Entscheidungen zu akzeptieren, die vor nicht langer Zeit noch auf Unverständnis und Widerstand gestoßen wären.

Man kann heute z. B. offen aussprechen, ohne auf starken Widerstand zu stoßen, daß für eine dynamische, auf Wachstum, Vollbeschäftigung, Währungsstabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht zielende Wirtschaftspolitik die *Erhöhung von Löhnen und Gewinnen prinzipiell gleich wichtig* ist. Ohne Gewinne gibt es auf die Dauer keine Investitionen, kei-



nen technischen Fortschritt, kein Wachstum, keine Vollbeschäftigung; ohne entsprechende Lohnerhöhungen können die erzeugten Güter nicht verkauft werden, was eine Kettenreaktion mit negativem Vorzeichen zur Folge hätte.

In diesem Zusammenhang ist eine soeben erschienene Studie der Wiener Arbeiterkammer bemerkenswert, in der nachgewiesen wird, daß im langjährigen Durchschnitt die Volkseinkommensanteile von Löhnen und Gewinnen in Österreich praktisch konstant geblieben sind. Die Untersuchung der Arbeiterkammer erstreckt sich auf die Jahre von 1913 bis 1967, auf eine Zeitspanne also, in der es wahrhaft gewaltige politische und wirtschaftliche Veränderungen gegeben hat.

Wenn aber zwischen Löhnen und Gewinnen auf längere Sicht tatsächlich ein konstantes Verhältnis besteht, dann ist es doch offenbar sinnlos, die Löhne auf Kosten der Gewinne und die Gewinne auf Kosten der Löhne erhöhen zu wollen, dann ist es wohl viel vernünftiger herauszufinden, unter welchen Voraussetzungen *beide*, Löhne und Gewinne, möglichst kräftig wachsen, eine faszinierende Aufgabe, die von Regierung und Sozialpartnern nur gemeinsam bewältigt werden kann.

### Perspektiven 1971

Da die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft sehr stark von der *Weltkonjunktur* abhängt, ist es wichtig zu wissen, wie diese 1971 voraussichtlich sein wird.

Die für die Beurteilung der internationalen Konjunktur maßgeblichen Institutionen (die Vereinigung europäischer Konjunkturforschungsinstitute, der ungefähr 30 Institute, darunter auch das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, angehören, ebenso wie die OECD in Paris, wo sich die Konjunkturrexperten aller westlichen Länder treffen) haben in ihren letzten Prognosetagen im Oktober 1970 übereinstimmend die Auffassung vertreten, daß sich die internationale Konjunktur im Jahre 1971 stärker als bisher *differenzieren* wird. Sie wird regional und branchenweise nicht mehr so einheitlich sein, sondern wachsende Unterschiede entstehen lassen.

### Stärkere Differenzierung der Weltkonjunktur

Das reale Sozialprodukt der westeuropäischen Industrieländer wird 1971 durchschnittlich um 4 1/2% wachsen, etwas weniger kräftig als 1970 (5%).

Vor allem in der Bundesrepublik Deutschland und in den kleineren westeuropäischen Ländern wird die Konjunktur im Laufe von 1971 schwächer werden. Dagegen wird die Wirtschaft in Großbritannien, die 1970 nur mäßig wuchs, und die Wirtschaft in Italien, die 1970 durch Streiks gestört war, voraussichtlich stärker wachsen. Auch in den *Vereinigten Staaten von Amerika* wird ein neuer Konjunkturaufschwung erwartet.

Seit Jahren auf einsamer Höhe marschiert Japan, das auch 1971 eine Wachstumsrate von real 10% erwartet.

Im Jahre 1971 werden die *internationalen Rohwarenpreise* und der Preisindex des *Brutto-Nationalproduktes*, der 1970 im Durchschnitt aller OECD-Länder mit einer Steigerungsrate von 5 1/2% eine Rekordhöhe seit 1951 erreicht hatte, allgemein *sinken*. Die *Verbraucherpreise* werden in einigen Ländern etwas sinken, in anderen dagegen weiter kräftig steigen. Zu den Ländern mit sinkender Preistendenz gehören außer den USA die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien, mit steigender Tendenz die Schweiz, Belgien, die Niederlande und Österreich.

*Kurz zusammengefaßt:* Die Weltkonjunktur wird sich 1971 zum Nachteil Österreichs differenzieren, weil gerade jene Länder Westeuropas, mit denen Österreich besonders enge wirtschaftliche Beziehungen pflegt, eine Konjunkturabschwächung erwarten, die sich auch auf die österreichische Wirtschaft auswirken wird.

### Abschwächung der österreichischen Konjunktur

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung hat in seiner Prognosetagung (18. Dezember 1970), an der Experten des paritätischen Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen sowie Vertreter verschiedener Ministerien und der Nationalbank teilgenommen haben, folgende *Konjunkturprognose für die österreichische Wirtschaft im Jahre 1971* zur Diskussion gestellt, die nach eingehender Debatte zur Kenntnis genommen wurde.

Die *österreichische Konjunktur* wird sich 1971 allmählich *abschwächen*. Das Wachstum des *realen Sozialproduktes* wird von knapp 7% im Jahre 1970 auf 4% zurückgehen. Die Wachstumsrate wird in der zweiten Jahreshälfte unter den langjährigen Trend sinken.

In den Jahren der Hochkonjunktur 1969 und 1970 waren die Industrieproduktion und die Exporte die Hauptstützen der Konjunktur. Der Konjunkturaufschwung war sehr treffend als exportinduzierte Industriekonjunktur charakterisiert worden.



1971 wird die *Industrieproduktion* voraussichtlich um 4% bis 5% wachsen. Auch diese Wachstumsrate ist noch immer beachtlich, wenn man bedenkt, daß die Industrieproduktion in den letzten drei Jahren durchschnittlich um 9% gewachsen ist. Das auch 1971 noch relativ günstige Wachstum der Industrie ist auf Strukturverbesserungen zurückzuführen, auf den wachsenden Anteil höherwertiger Konsumgüter- und Investitionsgütersektoren, die gegen Konjunkturschwankungen im Ausland weniger empfindlich sind.

Die *Konsumgüterproduktion* wird 1971 durch höhere Masseneinkommen stimuliert werden und sich weiterhin günstig entwickeln. Auch die *Grundstoffindustrien* werden wahrscheinlich kaum schwächer wachsen als bisher, vor allem weil die Kapazitäten in den weniger konjunkturabhängigen Bereichen Erdöl und Grundchemie erweitert wurden. Dagegen wird die *Investitionsgüterproduktion* nur ungefähr gleich groß sein wie 1970, weil sowohl die Auslandsnachfrage als auch die heimische Nachfrage nach Investitionsgütern nachlassen wird.

Nach dem Exportboom in den Jahren 1969/70, als die *Exporte* durchschnittlich um 20% zunahmen, wird die Wachstumsrate der österreichischen Ausfuhr 1971 etwa auf die Hälfte (10%) sinken. Auch diese Wachstumsrate ist noch immer beachtlich. Relativ kräftig wird die Ausfuhr von Vorprodukten, Fertigerwaren wachsen, schwächer dagegen die Ausfuhr von Verbesserungen. Die österreichische Exportwirtschaft hat dank den Verbesserungen der Industriestruktur in den letzten Jahren ihren Anteil am Welthandel stark erhöht (von 1,16% [1966] auf rund 1,3% [1970] der Gesamtimporte der europäischen OECD-Länder). Es kann angenommen werden, daß sie ihren Marktanteil im OECD-Raum auch in der Phase der Konjunkturabschwächung 1971 und in den folgenden Jahren behaupten wird.

Die Abschwächung der Industrieproduktion und der Exporte wird das Wachstum in anderen Wirtschaftszweigen beeinträchtigen: Die Wachstumsraten des *Gewerbes* werden von 5 1/2% auf 3 1/2%, die der *Verkehrsleistungen* von 9% auf 4% und die der *Energieerzeugung* von 13% auf 6% zurückgehen.

Einen Sonderfall bildet die *Bauwirtschaft*, die 1968 und 1969 von der günstigen Konjunktur nur wenig spürte, 1970 aber aufholte und 1971 zu den Stützen der Konjunktur zählen wird (das Bauvolumen wird um 8% größer sein als im Vorjahr).

Die Wertschöpfung der *Land- und Forstwirtschaft* wird 1971 annähernd gleich hoch sein wie 1970, wobei wieder mindestens 20.000 Arbeitskräfte (davon rund 17.000 Selbständige) aus der Landwirtschaft abwandern werden.

Die tierische Produktion (insbesondere von Schweinen) wird etwas größer, die pflanzliche Produktion und der Holzschlag werden etwas kleiner sein als 1970. Die Erzeugerpreise für Schlachtschweine und Wein werden fühlbar sinken.

Der *Arbeitsmarkt* wird auch 1971 angespannt bleiben. Trotz der Konjunkturabschwächung werden alle verfügbaren Arbeitskräfte benötigt werden. Der tertiäre Sektor (Handel, Verkehr, verschiedene Dienstleistungen), der in der Hochkonjunktur hinter der Industrie, die bessere Bedingungen zu bieten hatte, zurückstehen mußte, wird seinen aufgestauten Bedarf zu decken versuchen.

Die Zahl der unselbständig Beschäftigten wird voraussichtlich um 20.000 höher sein als heuer. Die Schätzung berücksichtigt die natürliche Bevölkerungsentwicklung (Abnahme der Zahl der Erwerbstätigen um 2.000), den Zuwachs von Selbständigen aus Landwirtschaft und Gewerbe (17.000), zusätzliche ausländische Arbeitskräfte (15.000) sowie die Abwanderung österreichischer Arbeitskräfte, insbesondere in die Bundesrepublik Deutschland, wo die Vorbereitung der Olympischen Spiele in München 1972 sowie die bayrischen Industrialisierungspläne zahlreiche österreichische Arbeitskräfte anlocken werden (etwa 10.000).

Die Abschwächung der Konjunktur im Jahre 1971 wird sich auch bei den *Investitionen* auswirken. Die Zuwachsraten der Brutto-Investitionen wird von real 10 1/2% (1970) auf 6% (1971) sinken. Der Rückgang erfolgt jedoch nur bei den Ausstattungsinvestitionen, die nur noch um 4 1/2% höher sein werden als im Vorjahr. Dagegen wird sich das Wachstum der baulichen Investitionen sogar von 6% (1970) auf 8% (1971) beschleunigen.

Nach dem jüngsten *Investitionstest des Institutes* plant die *Industrie* 1971 um 7% mehr Investitionen als 1970. Das ist zwar eine kleinere Zuwachsraten als in den letzten beiden Jahren. Es ist jedoch zu bedenken, daß die hohen Anschaffungen von Maschinen im Jahre 1970 die Kapazitätsengpässe weitgehend beseitigt haben dürften, die Gewinne viel langsamer wachsen werden und daß sich in einigen Bereichen, vor allem der Vorprodukte, eine Schere zwischen Kosten und Erlösen öffnen dürfte. Im Jahre 1971 werden weniger *Großprojekte* geplant als 1970. Auch die *Landwirtschaft* wird ihre Investitionen kaum steigern. Dagegen wird die *Öffentliche Hand* viel mehr investieren, die Wachstumsrate der öffentlichen Investitionen wird von 8% (1970) auf 14 1/2% (1971) steigen. Der Ankauf der AUA-Flugzeuge und der Baubeginn der Tauernautobahn ist dabei noch nicht berücksichtigt.

Der *Private Konsum* wird 1971 von den höheren Einkommen der neuen Lohnrunde und von höheren Transfereinkommen (Witwenrenten, Kinder-



beihilfen, Bauernpensionen) profitieren und mit einer Zuwachsrate von real 5 1/2% die Hauptstütze der Konjunktur sein. (Der private Konsum ist der weitaus größte Posten des verfügbaren Sozialproduktes und wird 1971 rund 220 Mrd. S oder 57% des Sozialproduktes in Anspruch nehmen.)

Im Jahre 1971 werden die *Importe*, die in der Hochkonjunktur 1970 um nicht weniger als 24% gestiegen waren, nur noch um 10% wachsen, gleich stark wie die *Exporte*. Infolge Abschwächung der Konjunktur werden vor allem weniger Investitionsgüter und Vorprodukte importiert werden. Dagegen werden die Konsumgüterimporte, wie stets in der Spätkonjunktur, verhältnismäßig hoch sein.

Auf den *Ausländer-Fremdenverkehr* wird sich die Konjunkturabschwächung gleichfalls auswirken. Die Zahl der Übernachtungen wird um 7% (1970 um 16%) auf 62 Mill. Übernachtungen und die Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr um 15% (1970 um 25%) auf 29 Mrd. S steigen.

Die österreichische *Leistungsbilanz* wird voraussichtlich auch 1971 einen Überschuß von 1 bis 2 Mrd. S ausweisen, die *Zahlungsbilanz* sogar einen Überschuß von 2 bis 3 Mrd. S, d. h., die *österreichischen Währungsreserven* werden neuerdings um diesen Betrag aufgestockt werden.

1971 werden die *Großhandelspreise* im Jahresdurchschnitt voraussichtlich um 4%, die *Verbraucherpreise* dagegen um 5% steigen. In der ersten Jahreshälfte wird die Steigerungsrate der Verbraucherpreise zeitweise über 5% klettern und erst gegen Jahresende sich wieder 4% nähern.

Die *Tariflöhne* werden voraussichtlich um 10 1/2%, die *Effektivverdienste* (ohne öffentlichen Dienst) um 11 1/2% und die *Netto-Masseneinkommen* (Löhne, Gehälter und Pensionen nach Abzug der Steuern) um 11% steigen.

Dagegen werden die *Unternehmergewinne*, die 1970 um 16% gestiegen sind, 1971 nur um 7 1/2% steigen.

Die gegenläufige Entwicklung von Löhnen und Gewinnen, Privatem Konsum und Investitionen wiederholt sich in allen Konjunkturzyklen: Im Aufschwung und in der Hochkonjunktur steigen Produktivität und Unternehmergewinne stärker als die Realeinkommen der Unselbständigen, wovon vor allem die Investitionen profitieren. Im Konjunkturabschwung dagegen holen die Löhne auf, und der Private Konsum wird zur wichtigsten Stütze der Konjunktur, während der Rückgang der Gewinne und der Absatzmöglichkeiten die Investitionstätigkeit beeinträchtigt.

Die *Kreditwirtschaft* wird 1971 im Zeichen der Konjunkturabschwächung müheelos die Kreditwünsche der Wirtschaft befriedigen. Da die Zahlungsbilanz aktiv sein wird und die Spareinlagen weiter wachsen werden, wird der Kreditapparat über ausreichend liquide Mittel verfügen.

Der *Voranschlag des Bundes 1971* sieht ein Brutto-Defizit von 9,8 Mrd. S vor. Nach Abzug der Schuldentilgung und verschiedener Verpflichtungen an das Ausland verbleibt ein *inlandwirksames Defizit* von 3 Mrd. S.

Die Erhöhung der Staatsausgaben für Investitionen um 18% (1,6 Mrd. S) soll das schwächere Wachstum der Investitionen in der Industrie ausgleichen. Die Erhöhung des Personalaufwandes und der Transfereinkommen um 11% (5,8 Mrd. S) soll den privaten Konsum stärken.

### Prognosen — unentbehrlich für die Wirtschaft

Ich möchte nicht den Eindruck hinterlassen, daß die Wirtschaftsforscher imstande sind, die Entwicklung der Wirtschaft global oder auf einzelnen Gebieten mit Sicherheit vorherzusagen. Davon kann keine Rede sein.

Die Wirtschaftsforscher haben zwar in den letzten Jahrzehnten große Fortschritte gemacht und gelernt, die komplizierten wirtschaftlichen Zusammenhänge und Abläufe besser zu verstehen und zu deuten. Sie haben auch ihre Prognoseverfahren ständig verbessert und mit Hilfe elektronischer Datenverarbeitungsanlagen raffinierte Modelle für kurz-, mittel- und langfristige Prognosen entwickelt. Wirtschaftspolitische Entscheidungsmodelle sollen die Frage beantworten, wie sich alternative wirtschaftspolitische Maßnahmen auswirken. Diese Modelle haben vor isolierten Einzelprognosen den Vorzug, daß sie Informationen möglichst vollständig und vor allem systematisch berücksichtigen. Auch wenn die Resultate auf diesem Gebiet bisher noch nicht befriedigen, in Zukunft werden sie sicher brauchbarer werden. Trotzdem darf man von den Wirtschaftsforschern keine prophetischen Wunder erwarten, auch sie können irren, wie die Praxis immer wieder zeigt.

Selbst die kurzfristigen Konjunkturprognosen treffen nicht immer zu, obwohl man auf diesem Gebiete über langjährige Erfahrungen verfügt und in allen Ländern kenntnisreiche Konjunkturforscher am Werke sind. Vor einem Jahr z. B. haben alle westlichen Konjunkturforschungsinstitute aus guten Gründen vermutet, daß sich die Hochkonjunktur 1970 fühlbar abschwächen wird. Die Institute haben sich geirrt und mußten ihre Pro-



gnosen im Laufe des Jahres um 1 bis 2 Prozentpunkte nach oben revidieren.

Unser Institut machte keine Ausnahme, wir können für uns nur in Anspruch nehmen, daß wir unsere Prognosen, die wir vierteljährlich auf Grund der neuesten Volkseinkommensziffern und verschiedener Informationen überprüfen, schon relativ früh realistisch revidiert haben. Die Rate der Preissteigerung im *Durchschnitt 1970* haben wir sogar von Anfang ziemlich genau mit 4½% prognostiziert. Wir hatten auch erklärt, daß die Preiserhöhung gegen Jahresende an die ominöse 5%-Grenze herankommen könnte, was im Oktober mit 4,9% und im November mit 4,8% auch eintraf.

Obwohl der Mensch nie imstande sein wird, die Entwicklung der äußerst komplizierten Wirtschaft genau vorherzusagen, sind Wirtschaftsprognosen doch notwendig. Sie sind unentbehrlich für den Unternehmer, der richtig investieren und seine Produkte in Zukunft verkaufen will; für die Gewerkschaften, die wissen müssen, was sie vernünftigerweise fordern können, vor allem aber sind sie für die Wirtschaftspolitik unentbehrlich. Vielleicht am meisten ist der Finanzminister auf Wirtschaftsprognosen angewiesen. Von ihm wird erwartet, daß er jeweils schon im Frühjahr ein konjunkturgerechtes Budget für das nächste Jahr zurechtzimmert, d. h. ein Budget, das in der Hochkonjunktur zumindest ausgeglichen sein soll und in der Konjunkturfurte ein mehr oder minder großes Defizit haben kann. Der Finanzminister möchte daher schon in einem möglichst frühen Stadium wissen, wie die Konjunktur, von der die Steuereinnahmen abhängen, im nächsten Jahr sein wird. Da die Ausgaben des Bundes (und der übrigen Gebietskörperschaften) größtenteils aus ständig wachsenden gesetzlichen Verpflichtungen und aus längerfristigen Investitionen in der Infrastruktur (Straßen, Schulen, Spitäler, Verkehrsbauten u. a. m.) bestehen, die langfristig finanziert werden müssen, sind die Finanzminister auch an mittel- und langfristigen Budgetvorschauen lebhaft interessiert. Von manchen Budgetprognosen wird allerdings gar nicht erwartet, daß sie ein treffen, im Gegenteil, sie sollen nur vor übermäßigen Budgetdefiziten warnen und rechtzeitig entsprechende Maßnahmen veranlassen.

Wirtschaftsprognosen sind Orientierungstafeln, welche ungefähr Tempo und Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung zeigen und wirtschaftspolitische Maßnahmen nahelegen, um bestimmte Ziele zu erreichen. Diese Orientierungstafeln müssen von den Konjunkturforschern ständig überprüft, abgesichert, allenfalls revidiert und immer wieder neu gesetzt werden, damit etwas Licht auf den Weg in eine ungewisse Zukunft fällt.

## Prognose der Zuwachsraten des realen Sozialproduktes Österreichs

Ø 1970  
Veränderung gegen das Vorjahr in %

| Nachfrage                                                  | Ø 1970<br>Veränderung gegen das Vorjahr in % | Ø 1971<br>Veränderung gegen das Vorjahr in % |
|------------------------------------------------------------|----------------------------------------------|----------------------------------------------|
| Privater Konsum.....                                       | 5¾                                           | 5½                                           |
| Öffentlicher Konsum.....                                   | 3                                            | 3                                            |
| Brutto-Investitionen.....                                  | 10½                                          | 6                                            |
| davon Ausrüstung.....                                      | 14                                           | 4½                                           |
| Bau.....                                                   | 6                                            | 8                                            |
| Lagerveränderung (Mrd. S).....                             | (11'0)                                       | (8'9)                                        |
| Inlandsnachfrage....                                       | 7¼                                           | 4¼                                           |
| Warenexporte.....                                          | 12½                                          | 7                                            |
| Dienstleistungsexporte.....                                | 21½                                          | 8                                            |
| Warenimporte.....                                          | 16½                                          | 7                                            |
| Dienstleistungsimporte.....                                | 8½                                           | 10¼                                          |
| <b>Produktion</b>                                          |                                              |                                              |
| Industrie.....                                             | 8                                            | 4½                                           |
| Gewerbe.....                                               | 5½                                           | 3½                                           |
| Baugewerbe.....                                            | 6                                            | 8                                            |
| Elektrizitäts-, Gas-, Wasserwirtschaft....                 | 13                                           | 6                                            |
| Verkehr.....                                               | 9                                            | 4                                            |
| Handel.....                                                | 6½                                           | 5                                            |
| Öffentlicher Dienst.....                                   | 3                                            | 3                                            |
| Sonstige Dienstleistungen.....                             | 5                                            | 3                                            |
| Brutto-Nationalprodukt ohne Land- und Forstwirtschaft..... | 7                                            | 4½                                           |
| Land- und Forstwirtschaft.....                             | 4½                                           | 0                                            |
| <b>Brutto-Nationalprodukt.....</b>                         | <b>6¾</b>                                    | <b>4</b>                                     |

Q: Schätzungen des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Dezember 1970.



# Internationale Prognosen

## der Zuwachsraten des realen Sozialproduktes und der Verbraucherpreise

Ø 1970  
Veränderung gegen das Vorjahr in %

| Reales Sozialprodukt             |      |
|----------------------------------|------|
| USA.....                         | 0'0  |
| Japan .....                      | 11'5 |
| Bundesrepublik Deutschland ..... | 5'2  |
| Frankreich .....                 | 5'7  |
| Großbritannien .....             | 1'7  |
| Italien .....                    | 6'4  |
| Belgien .....                    | 5'2  |
| Niederlande .....                | 5'5  |
| Schweden .....                   | 5'0  |
| Schweiz.....                     | 4'5  |
| Österreich .....                 | 6'8  |

### Verbraucherpreise

|                                  |     |
|----------------------------------|-----|
| USA.....                         | 6'0 |
| Bundesrepublik Deutschland ..... | 4'0 |
| Frankreich .....                 | 5'5 |
| Großbritannien .....             | 6'0 |
| Italien .....                    | 5'0 |
| Belgien .....                    | 4'5 |
| Niederlande .....                | 4'5 |
| Schweiz.....                     | 3'5 |
| Österreich .....                 | 4'5 |

Q: OECD, nationale und eigene Schätzungen.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Verantwortlich: Prof. Dr. Franz Nemschak. Alle: Wien 3, Arsenal; Postanschrift 1103, Postfach 91; Tel. 65 66 61 (Serie).

Druck: Carl Ueberreuter (M. Salzer), 1095 Wien 9, Alser Straße 24.

## MONATSBERICHTE

1. Jg. (1927) — 43. Jg. (1970). In den Monatsberichten erscheinen **Aufsätze** über aktuelle und interessante Wirtschaftsprobleme. Außerdem monatlich eine Konjunkturschau, in der versucht wird, die charakteristischen Merkmale der Konjunkturentwicklung aufzuzeigen. Weiters **vierteljährlich ausführliche** Darstellungen der österreichischen Wirtschaft auf den einzelnen Gebieten.

## BEILAGEN zu den Monatsberichten

- Nr. 86 Der Index der Industrieproduktion 1964. Juni 1969.
- Nr. 87 Die Ausbreitung neuer Technologien. September 1969.
- Nr. 88 Treffsicherheit und Qualität der Institutsprognosen. Oktober 1970.
- Nr. 89 Amerikanische Direktinvestitionen in Österreich. Dezember 1970.

## SONDERHEFTE

- Nr. 14 Österreichs Volkseinkommen 1913 bis 1963. August 1965.

## VORTRÄGE UND AUFSÄTZE

- Nr. 26 F. Nemschak: Die österreichische Wirtschaft an der Jahreswende 1967/68. Jänner 1968.
- Nr. 27 E. Streissler: Die österreichische Industrieproduktion im Konjunkturverlauf. Juli 1969.
- Nr. 28 F. Nemschak: Österreichs Wirtschaft in den 60er und 70er Jahren. Jänner 1970.
- Nr. 29 F. Nemschak: Für ein industriepolitisch Konzept Österreichs. Mai 1970.
- Nr. 30 F. Nemschak: Österreichs Wirtschaft an der Jahreswende 1970/71 — Rückschau und Ausblick. Jänner 1971.

## STUDIEN UND ANALYSEN

- Nr. 1 H. Seidel, F. Butschek, A. Kausel: Die regionale Dynamik der österreichischen Wirtschaft. Dezember 1966.
- Nr. 2 J. Steindl: Bildungsplanung und wirtschaftliches Wachstum. Der Bildungsbedarf bis 1980. März 1966.
- Nr. 3 J. Steindl, B. Kalchauer: Die Integration der Datenverarbeitung in Wirtschaft und Verwaltung. Juli 1968.

## SONSTIGE PUBLIKATIONEN

40 Jahre Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 1927 bis 1967. Mai 1967. Verzeichnis aller Publikationen des Institutes 1927 bis 1967. August 1967. Zur Eröffnung des eigenen Hauses. Dezember 1969.